

Sicherungsverwahrung

Erfolgreiche Hexenjagd in Marburg?

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat am 11. Mai entschieden, dass die nachträgliche Sicherungsverwahrung in Deutschland rechtswidrig ist. Sie verstößt gegen den Grundsatz „Keine Strafe ohne Gesetz“, welcher seit 1945 im Grundgesetz verankert ist. Als Folge wurden mehrere Personen aus der Sicherungsverwahrung entlassen, von denen drei in Marburg leben. Gegen ihren Aufenthalt im Stadtwald regt sich Protest der Anwohner_innen, welcher von Emotionen und Irrationalität bestimmt ist.

So wird der Stadtwald spontan zum kinderreichsten Stadtteil Marburgs erklärt, weshalb dort keine Unterbringung für Sexualstraftäter möglich sei. Selbst OB Egon Vaupel hält den Aufenthalt der drei Entlassenen für unzumutbar.

Einen Höhepunkt der Diskussion stellten die Äußerungen eines Politikers dar: „Auf die Frage, welcher Ort für die Unterbringung der beiden [...] Straftäter besser geeignet wäre, entgegnete Lars Küllmer (CDU): ‚Drei Meter unter der Erde.‘“ (Oberhessische Presse, 19.08.10). Die Kommentare auf der Website der OP fallen entsprechend aus: „Taten wollen wir sehen – keine Worte“. Es geht bei diesen Äußerungen nur darum, den Straftäter nicht vor der eigenen Haustür haben zu wollen.

Die logische Konsequenz dieser irrationalen Argumentationsmuster wäre nur der dauerhafte Verbleib in Sicherungsverwahrung oder „drei Meter unter der Erde“. Die Hetzjagd hatte Erfolg: Laut OP wechseln zwei von ihnen den Wohnort.

Marburg ist kein Einzelfall

Bei entlassenen (Sexual-)Straftätern sind die Reflexe des Großteils der Bevölkerung immer die gleichen. Wider besseren Wissens werden härtere Strafen bis zur Todesstrafe gefordert und am liebsten sofort vollstreckt. Genauso beliebt ist die „Schwanzab“-Mentalität der Freizeit-Kriminolog_innen und Hobby-Therapeut_innen. Dass die Praxis von Eugenik im Dritten Reich seine Hochzeit hatte, wird dabei vergessen. Ein weiteres Beispiel ist der „Fall Michelle“ aus



Selbstjustiz statt Rechtsstaatlichkeit?

Leipzig. Nachdem ihr Tod feststand, zogen 250 offensichtliche Neonazis gemeinsam mit Anwohner_innen durch die Stadt und forderten mit Fackeln in der Hand die Todesstrafe. Dass diese nicht nur aus humanitären Gründen abzulehnen ist, liegt vor allem in ihrer präventiven Nutzlosigkeit. Öffentliche Bestrafungsakte sind zudem nicht hilfreich für die Opfer. Auffallend ist, dass der Lynchmob, der härtere Strafen fordert, stets ein kollektives Wir begründet. Der Schuldige wird zum Aussätzigen, der nichts mit „uns“ zu tun hat. Die „perversen Täter“ werden aus der

Von antifaschistische gruppe 5

Gemeinschaft ausgegrenzt. „[W]er im Gefängnis landet, wird als böse stigmatisiert. Damit können wir anderen, die wir draußen bleiben, uns selbst als umso besser, umso ungefährlicher betrachten“, sagt Thomas Mathiesen, Rechtssoziologe.

Rationalität statt Lynchmob

Die Forderung nach Todesstrafe resultiert also aus Motiven, die alles andere als einen emanzipatorischen Gehalt aufweisen. Die Forderung ist für konservative Kräfte und Nazis koalitionsfähig. Trotz aller Unterschiede zwischen „normalen“ Bürger_innen und Neonazis sind gefühlte Zugehörigkeit zum kollektiven Wir und gemeinsame Überzeugungen nicht von der Hand zu weisen.

Eine emanzipatorische Kritik sollte aber bereits bei der Sicherungsverwahrung ansetzen. Sie wird zunehmend maßlos verhängt, obwohl Studien dafür sprechen, dass ein Großteil der Verurteilten zu Unrecht als gefährlich eingestuft wird. Gerade in Bezug auf Sexualdelikte ist eine zunehmende Verhängung fragwürdig: Die Zahlen der wegen Sexualdelikten an Kindern Verurteilten ist rückläufig. Die meisten dieser Verurteilten sind zudem keine Fremdtäter, sondern gehören zum familiären Umfeld. Gerade Sexualdelinquenz hat wenig Aussagekraft für die Qualität späterer Taten. Strafverfolgung und Therapie sind zudem effektiv. Und selbst wenn es Verbesserungsbedarf gibt, warum fordert niemand mehr Mittel für unterfinanzierte Therapieeinrichtungen oder die Forschung?

Ausführlicher Text auf antifamarburg.wordpress.com

Im Sog der NPD

Beim Burschentag der Deutschen Burschenschaft trägt man „Europa“ als Feigenblatt.

Von Jörg Kronauer

Mit einem unverbindlichen Formelkompromiss ging der diesjährige Burschentag der Deutschen Burschenschaft (DB) in Eisenach zu Ende.

Man habe die Debatten über die politische Orientierung des Dachverbandes „mit einem klaren Bekenntnis zu Europa“ abgeschlossen, verkündete die DB in einer Pressemitteilung Ende Mai. „Mit einer breiten Mehrheit“, hieß es weiter, hätten die Vertreter der aktuell 123 Mitgliedsburschenschaften „dem Verband den Auftrag erteilt, sich intensiv mit dem Prozeß der Europäischen Einigung kritisch auseinanderzusetzen“. Gerade nochmal gutgegangen, knapp an einem großen Eklat und an der Spaltung des Dachverbandes vorbeigeschrammt - anders kann man derlei Floskeln nicht interpretieren.

Kurz vor dem Burschentag hatten Medien wie etwa „Der Spiegel“ plötzlich „rechte Ausfälle bei deutschen Burschenschaften“ wahrgenommen, und der Verband sah sich unerwartet einem heftigen Andrang von Presseleuten gegenüber. Ein „Bekenntnis zu Europa“ ist in solchen Fällen eine überzeugende Lösung: Es klingt modern, sagt aber überhaupt nichts aus, solange man nicht festlegt, zu was für einem Europa man sich bekennt. Eine „intensive kritische Auseinandersetzung“ mit der EU - das klingt solide, aber darauf können selbst überzeugte NPD'ler sich noch einigen. Entscheidend ist dabei: Mit dem Schlagwort „Europa“ schafft man sich zuverlässig die nach „rechten Ausfällen“ suchende Medienmeute vom Hals, und der nichtssagende Formelkompromiss ermöglicht es, eine Entscheidung über die künftige Ausrichtung der DB noch etwas hinauszuzögern.

Streit um's Volk

Die DB, der rund 1300 studierende Burschenschafter aus Deutschland und Österreich und etwa 10.500 Alte Herren angehören, wird seit einiger Zeit von heftigem inneren Streit erschüttert. Schon lange wird die völkische Grundüberzeugung, dass Abstammung und Kultur alle Deutschsprachigen in Europa über die Grenzen hinweg zu einem „deutschen Volk“ einten, im Verband unterschiedlich interpretiert. Während Gemäßigtere sich damit begnügen, dass die Grenzen in der EU immer stärker die Trennungsfunktion verlieren, haben andere die Hoffnung auf ein größeres Deutschland bis heute nicht aufgegeben. Dieser Flügel, der eng mit der extremen Rechten verflochten ist, dominiert in der DB klar, seit sich 1996 gemäßigtere Bünde abspalteten und die Neue DB gründeten. Konsequenter bemüht er sich seit Ende der 1990er Jahre, den gesamten Verband weiter nach rechts zu ziehen.

Im vergangenen Jahr legten einige Aktivisten nochmal so richtig los. Die Ursache: Die NPD hatte bei der sächsischen Landtagswahl am 30. August 2009 5,6 Prozent der Stimmen erzielt und damit zum ersten Mal den Wiedereinzug in einen Landtag geschafft. Der sächsische NPD-Abgeordnete Jürgen W. Gansel, Mitglied der Burschenschaft Dresdensia Rugia zu Gießen, sah laut einem NPD-internen Rundschreiben die Chance, mit diesem Erfolg eine „Sogwirkung im rechtsgerichteten Studenten- und Verbindungsmilieu und eine steigende Attraktivität der Partei für Akademiker“ zu erreichen. Seitdem spitzt sich der Kampf zwischen den beiden Flügeln der DB zu.

Deutsch Sein als Eintrittskarte?

Gut nachvollziehen kann man dies an den Auseinandersetzungen in der Verbandszeitschrift, den Burschenschaftlichen Blättern. Schriftleiter Norbert Weidner (Alte Breslauer Burschenschaft der Raczecks zu Bonn), der einst zur Führungsclique der 1995 verbotenen Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei gehörte und dann 1995 seinen Ausstieg aus der Szene verkündet hatte, rief im Herbst 2009 in den Burschenschaftlichen Blättern eine innerverbandliche „Programmdiskussion“ aus.

Anlass: Einige Burschenschafter vom gemäßigten Flügel vertreten inzwischen die Ansicht, dass deutsche Abstammung nicht notwendig sei, um in eine Burschenschaft eintreten zu können. Das ist innerhalb der DB natürlich eine krasse Minderheitenposition, und umso entschiedener prescht der mit der extremen Rechten verflochtene Flügel voran, um seine Stellung im Verband weiter zu stärken. So behauptet etwa die Aktivitas der Bayreuther Burschenschaft Thessalia Prag, „gewisse Charaktereigenschaften“ seien „für bestimmte Völker und Arten typusbestimmend“; dabei sei „ein signifikantes asiatisches/europäisches/negrides Gefälle“ auszumachen. „Daß die deutschen Länder einer Ausländerflut biblischen Ausmaßes ausgesetzt worden sind, ist nichts Neues“, lamentiert ein Mitglied der Burschenschaft Olympia Wien: „Dem kann man nicht viel entgegensetzen, außer die eigene Geburtenrate zu steigern sowie den Anteil der Fremden durch Rückführung und das Ende weiterer Zuwanderung zu verringern.“

Eine klare Antwort auf den Ver-

Fortsetzung von Seite 2

such einiger weniger Burschenschaftler, die DB per Aufnahme von Männern nichtdeutscher Abstammung ein wenig zu modernisieren.

Publizistische Provokation

Die Debatte eskaliert seit Anfang des Jahres. Schriftleiter Weidner hatte in die letzte Ausgabe der Burschenschaftlichen Blätter im Jahr 2009 ein langes Interview mit Arne Schimmer aufgenommen. Schimmer (Burschenschaft Dresdensia Rugia Gießen), der wie Gansel für die NPD im sächsischen Landtag sitzt, hatte es darin unter anderem für „ganz natürlich“ erklärt, dass Ex-Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß „neben vielen Gegnern eben auch einige Bewunderer“ habe. Ansonsten verteidigte er massiv seine Aktivitäten für die NPD.

Das Interview war eine Provokation für Burschenschaftler, die Positionen im öffentlichen Leben inne- und damit auch zu verlieren haben. Insgesamt sieben Bundes-

tagsabgeordnete aus FDP, CDU und CSU gehören dazu, darunter Verkehrsminister Peter Ramsauer (Burschenschaft Franco-Bavaria München). Entsprechend schlug der gemäßigte Flügel der DB zurück - und lancierte ein internes Schreiben, in dem innerverbandliche „Provokationen durch indirekt ausgedrückte Verehrung von Personen und Gedanken der nationalsozialistischen Zeit“ beklagt wurden, an die Presse. Konsequenz war das erwähnte Medieninteresse für den diesjährigen Burschentag.

Kompromisse

Zu dem Kompromiss, auf den sich die DB in Eisenach geeinigt hat, gehört die Übergabe des Jahresvorsitzes an eine eher gemäßigte Burschenschaft. Zur nächsten Vorsitzenden der DB wurde die Münchener Burschenschaft Arminia-Rhenania gewählt, der unter anderem der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hans-Peter Uhl, angehört.

Aus der Sicht des Flügels, der mit der extremen Rechten verflochten ist und der den Dachverband dominiert, ist das ein recht geschickter Zug: Die Konservativen werden damit bei der Stange gehalten, und die Agitation der NPD kann fortgeführt werden, da eine mögliche Spaltung der DB verhindert worden ist.

Kontakte zur NPD betreffen übrigens auch Marburg: Michael Hahn, heute Beisitzer im Landesvorstand der niedersächsischen NPD, war in den 1990er Jahren bei der Burschenschaft Rheinfranken Marburg aktiv.

Dieser Flügel ist in der DB auch nach dem Burschentag in der Offensive. Was von ihm zu erwarten ist, ist dem Formelkompromiss des Eisenacher „Europa-Bekenntnisses“ zu entnehmen. Darin hält die DB daran fest, bei ihrem „Einsatz für deutsche Minderheiten“ in Europa zwar die „derzeit bestehenden Staatsgrenzen“ zu wahren. „Auf friedlichem Wege“ aber, heißt es weiter, könnten diese natürlich „geändert werden“. 

Marburger Marktfrühschoppen 2010

Rechts und Rechts gesellt sich gern.

Von Casimir de Rosagrano und Chloe Weißbaum

Der Marburger Marktfrühschoppen des Jahres 2010 - für Außenstehende ein skurriles Ereignis, für Marburger_innen leider ein allzu vertrautes Phänomen. Diese Vertrautheit ist gewollt, ist es doch die Funktion des Marktfrühschoppens, Verbindungsstudenten als vermeintliche Vertreter der Studierendenschaft offiziell in der Mitte der Marburger Gesell-

schaft willkommen zu heißen.

Die Tatsache, dass es eines solchen Integrationsritus überhaupt bedarf, liegt an der gewollten Exklusivität der Organisationsform Studentenverbindung. Doch die dem Verbindungswesen inhärente Diskriminierungspolitik zum Beispiel gegen Frauen und Nichtdeutsche soll auf dem Marktplatz gerade nicht hinterfragt werden.

Und so lässt sich die selbst ernannte Elite der Universität Marburg, weiße Männer in bunten Farben, ein Mal im Jahr dazu herab, sich auf dem zentralen Marktplatz dem niederen Volke zu präsentieren - bevor sie sich wieder auf ihre Verbindungshäuser zurückzieht, fern von gesellschaftlichen Realitäten wie Gender Mainstreaming, Multi Kulti und Prekariat. [Forts. auf S.4]

Brückenschlag nach Rechts Außen

Doch der Brückenschlag, den der Marktfrühschoppen alljährlich zelebriert, ist nicht nur einer zwischen Bürger_innenschaft und konservativer Bildungselite. Auch dieses Jahr wurde offensichtlich, wen man sich da einlädt, wenn man Marburger Verbindungen zum Frühschoppen bittet. Die extrem rechte Burschenschaft Rheinfranken zum Beispiel, in deren Reihen sich der ehemalige REPlar Björn Clemens, aktuelles Bundesvorstandsmitglied der Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland und Anwalt bekannter Neonazis, fröhlich schäkernd blicken ließ. Clemens publizierte Artikel in der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“, in der neurechten „Jungen Freiheit“ und in der extrem rechten „Nation & Europa“. Dass sich Clemens in der Burschenschaft Rheinfranken zuhause fühlt, kommt nicht von ungefähr: Zuletzt wurde im Mai 2010 Barbara Rosenkranz (FPÖ) zum Vortrag eingeladen, um über das Übel des Gender Mainstreaming zu fabulieren. Rosenkranz war dieses Jahr Kandidatin der FPÖ für das Amt der Bundespräsidentin in Österreich und ist bekannt für ihre homophoben und antifeministischen Positionen.

Im Jahr 2009 wurde Altnazi Hajo Hermann von den Rheinfranken als Redner begrüßt. Hermann ist deutscher Wehrmacht-Veteran und gilt als Ikone der extremen Rechten, weshalb er auf Veranstaltungen von DVU und NPD gern gesehener Gast war. Weiterhin stellten sich die Rheinfranken als Anlaufstelle für Personen heraus, die sich im öffentlichen Diskurs mit rechtsextremen Äußerungen diskreditiert hatten. So redeten bereits Martin Hohmann (2000) und Horst Mahler (1999) auf dem Rheinfrankenhaus.

Neben einigen Rheinfranken besuchten auch Mitglieder der ebenfalls extrem rechten Burschenschaft Germania den diesjährigen Frühschoppen. Auch die Germania bietet rechten Rednern regelmäßig eine Bühne: Ernst Nolte, Geschichtsrevisionsist, der den Juden wiederholt eine Mitschuld an der Shoa andichtete, sowie Götz Kubitschek (2006), Mitgrün-

der des neurechten „Instituts für Staatspolitik“, Autor für die „Junge Freiheit“ und Verleger extrem rechter Autoren, waren als Redner bei den Germanen geladen.

Frühschoppen heute und morgen

Einmal mehr wurde deutlich, dass es sich beim Marktfrühschoppen nicht um ein harmloses Bürger_innenfest handelt, sondern um den Versuch, rechtskonservative Werte in der Stadt Marburg zu etablieren. Die Besucher_innenzahlen waren durch die Stigmatisierung des Festes aufgrund des seit den 90er Jahren organisierten Protestes gegen den Marktfrühschoppen weniger geworden. Seit die Proteste von linker Seite nachgelassen haben, finden sich jedoch wieder mehr Gäste ein. So haben dieses Jahr mit ca. 600 Personen einige mehr den Marktfrühschoppen besucht als noch im Vorjahr. Zwar gingen die Erwartungen der Organisator_innen nicht gänzlich auf, und die zusätzlich auf dem Obermarkt aufgestellten Bänke waren nicht dicht besetzt. Dennoch bleibt festzuhalten, dass sich der Trend eines wieder größer werdenden Marktfrühschoppens auch in diesem Jahr weiter fortgesetzt hat. ☺



Clemens (links) auf dem Marktfrühschoppen 2010

Nationalismus reloaded

Warum Partypatriotismus nicht zur Normalität werden darf.

Von Arne Basten und Casimir de Rosagrano

Auch dieses Jahr zeigte sich zur Fußballweltmeisterschaft der Männer wieder das schwarz-rot-goldene Fahnenmeer als vermeintlich unproblematischer patriotischer Freudentaumel. In Marburg feierten nach den Spielen der deutschen Mannschaft hunderte Menschen am Rudolphsplatz die deutsche Nation. Die

Anwesenheit von Neonazi Manuel M. störte die weltoffene Feiergemeinschaft offensichtlich nicht.

Ob in Berlin-Neukölln oder auf dem Marburger Rudolphsplatz: Fußballpatriotismus erscheint im Jahr 2010 als neues Integrationsmoment. Nach der Weltmeisterschaft 2006 in Deutschland ist im Jahr 2010 der Partypatriotismus zum festen Bestandteil der ge-

sellschaftlichen Normalität geworden. Berichte über die größte Deutschland-Fahne am Haus eines Berliners mit Migrationshintergrund standen dabei Pate für die Weltoffenheit dieses deutschen Partypatriotismus. Mitmachen dürfen alle, die sich offen zu den deutschen Farben bekennen. Auch der letzte Hauch des (alten) rassistischen Nationalismus,

der noch vor 2006 mit den Farben schwarz-rot-gold fest verbunden war, scheint verschwunden.

Partypatriotismus, so sind sich alle einig, sei ein harmloses Phänomen, zumal der Stolz auf den bundesdeutschen Sozialstaat ohnehin nichts Verwerfliches mit sich bringe. Auch auf dem Fußballplatz erlebte man folgerichtig eine deutsche Nationalmannschaft, bei der Hautfarbe und Herkunft keine Rolle mehr zu spielen schienen. Manche Argumentation ging gar soweit, dass durch diesen Partypatriotismus dem „bösen“ Nationalismus das Wasser abgegraben werden könnte.

Irritationen im Bild

Wer jedoch genauer hinschaut kommt um Irritationen dieses idyllischen Bildes nicht herum:

In Hannover wurde nach einem Streit ein Anhänger der italienischen Mannschaft von einem Sympathisanten der deutschen Mannschaft erschossen.

Im Kreis Mettmann (NRW) kam es nach der Niederlage der deutschen Mannschaft zu Übergriffen auf Fans der spanischen Mannschaft.

In Aachen griffen 15-20 Neonazis andere feiernde Fans an. Auslöser waren Beschwerden der Angegriffenen über die Reichskriegsflaggen der Nazis.



Neonazi Manuel M. während der WM 2010

Soviel Sensibilität war jedoch eine Ausnahme, beim Public-Viewing in Frankfurt zum Spiel Deutsch-

land gegen Argentinien konnten sich Neonazis mit Hitlergruß brüsten, ohne dass die feiernde Menschenmasse, immerhin 25.000 Menschen, irgendein Interesse dafür entwickelte.



Hitler-Grüß beim Public Viewing 2010 in Frankfurt (Foto: peter-juelich.com)

Ebenso konnte sich in Marburg der bekannte Neonazi Manuel M. problemlos unter die Feiernden mischen.

Was es mit der Integration migrantischer Spieler in der Nationalelf auf sich hat, zeigt das Beispiel derer, die sich nicht dazu breitschlagen ließen, vor den Spielen die Nationalhymne zu singen. Die Folge? Es hagelte öffentliche Kritik, die Spieler unterstanden einem ständigen Rechtfertigungsdruck, sich doch „noch aktiver“ zur deutschen Nation zu bekennen.

Nation bleibt Nation

Diese Beobachtungen dürften eigentlich nicht verwundern, ist doch das Konstrukt Nation schon von seiner Anlage her ein auf Ein- und Ausschluss gerichtetes Gebilde. Jede Konstruktion einer Nation beinhaltet, dass es Leute gibt, die dazugehören und eben solche, die nicht dazugehören. Die Kriterien, die für diesen Ein- und Ausschluss entscheidend sind, sind dabei mit der Zeit veränderbar und passen sich den aktuellen gesellschaftlichen Gegebenheiten an. So ist es keinesfalls ein Widerspruch, dass

Menschen mit Migrationshintergrund teilweise die Möglichkeit erhalten, sich aktiv zur Nation zu bekennen und daran teilzuhaben, anderen Menschen andernorts dieser Zugang aber weiterhin ver-

wehrt bleibt und sie aktiv ausgegrenzt und bedroht werden. Die Idee der Nation verlangt diesen Ausschlussmechanismus allein schon deshalb zwingend, um sich von anderen Nationen abgrenzen zu können. Dass dabei die eigene Nation über andere gestellt wird, kann auch beim vermeintlich harmlosen Partypatriotismus beobachtet werden. So war nach der WM 2006 ein signifikanter Anstieg von nationalistischen Einstellungen zu verzeichnen.

Zudem muss berücksichtigt werden, dass auch die veränderten Ein- und Ausschlusskriterien keineswegs schon Garant für ein humanes Miteinander sind. Zwar haben Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland zeitweise die Möglichkeit erhalten, an der Deutschlandfeier teilzunehmen. Die Gründe für die tatsächliche Teilnahme vieler Menschen an der Nation Deutschland dürften aber vielfältig sein. Diese Form von Teilhabe als Integrationserfolg zu feiern, ist also verfehlt, da vor allem berücksichtigt werden muss, in was hier integriert wird: In die grundlegenden Mechanismen von Ein- und Ausschluss der Nation. 

Gebären für Deutschland

Völkisch verankerter Antifeminismus vereint die deutsche Rechte.

Von Chloe Weißbaum

Seit Januar diesen Jahres gilt dank eines weitreichenden antifeministischen Konsenses im Deutschen Bundestag und dank rechter Lobbyist_innen wie den Christdemokraten für das Leben (CDL) und dem Bundesverband Lebensrecht (BVL) ein neues Abtreibungsrecht in Deutschland. An der grundlegenden Schizophrenie des § 218 hat sich nichts geändert: die Nichtaustragung einer Schwangerschaft ist immer noch illegal, der Verstoß gegen dieses Gesetz unter bestimmten Umständen immer noch straffrei. Augen zu, Gebärpflicht.

Wider den medizinischen Ernst

Die letzte vom Bundestag beschlossene Änderung des Schwangerschaftskonfliktgesetzes vergrößert die Hürden, die Frauen nach der Feststellung der medizinischen Indikation bis zur ärztlich empfohlenen Beendigung der Schwangerschaft überwinden müssen.

Eine medizinische Indikation liegt vor, wenn Ärzt_innen überzeugt sind, dass der Schwangerschaftsabbruch nötig ist, um „Gefahr für das Leben oder die Gefahr einer schwerwiegenden Beeinträchtigung des körperlichen oder seelischen Gesundheitszustandes der Schwangeren abzuwenden“.

Gefahr für Leben und Gesundheit der Frau, da müssen laut Bundestag mehr Restriktionen her: Frau hat laut der neuen Regelung gefälligst drei Tage gründlich darüber nachzudenken, ob sie nicht doch lieber ihre Gesundheit riskieren will, um das deutsche Volk vor dem Aussterben zu bewahren. Und die Ärzt_innen sind nun gesetzlich dazu

verpflichtet, ihre Patientinnen bei fötal-medizinischer Indikation (Versehrtheit des Fötus) auf psychosoziale Beratungseinrichtungen hinzuweisen, die Einfluss auf ihren Entscheidungsprozess nehmen könnten.

Ärzt_innen haben sich gegen diese Verschärfungen ausgesprochen, durch die Gesetzesänderung erhöhe sich nur der Druck auf Schwangere in einer ohnehin seelisch und körperlich oft schwer belastenden Situation. Eine Belastung, die sich noch verstärkt, wenn Patientinnen vor Kliniken von Abtreibungsgegner_innen belästigt werden, weil das Bundesverfassungsgericht am 29. Juni 2010 im Grundgesetz scheinbar ein Recht auf Belästigung Schwangerer durch sogenannte „Gehsteigerberatung“ gefunden hat.

Antifeminismus – ein reaktionäres Phänomen

Diese Verschärfungen des Abtreibungsrechts sind möglich geworden, weil sich trotz bzw. gerade wegen der Erfolge der Frauenbewegung nun ein reaktionäres Klima ausbreitet.

Es ist kein Zufall, dass Abtreibungsgegner_innen wie CDL, BVL und NPD nicht nur ein Recht auf Abtreibung, sondern auch Konzepte wie Gender Mainstreaming, „Homo-Ehe“ und all das ablehnen, was das traditionelle geschlechterbezogene Rollenverständnis hinterfragt.

Dahinter steht ein reaktionäres Frauenbild, das das rechte Spektrum immer noch vereint und das nun wieder verstärkt verteidigt wird: Frauen sollen keine autonomen Wesen sein, die selbstständig über ihr Leben und ihre

körperliche Integrität entscheiden können. Frauen müssen sich als Mütter in den Dienst einer größeren Sache stellen, sich für Familie, Volk und Fötus opfern.

Teil des Backlashes ist auch, dass einige Männer sich in der „Väterrechtsbewegung“ nun gegen die Gefährdung ihrer Privilegien auflehnen, und dass die Gesellschaft besorgt auf die männlichen Defizite im Bildungswesen, in Schulklassen und Kindertagesstätten schaut. Da müsse doch gegengesteuert werden. So viele benachteiligte Männer, so viele egoistische Frauen!

In diesem antifeministischen Klima kann die Anti-Abtreibungsbewegung gut gedeihen. Auch in Marburg, wo im Jahr 2010 wieder Anti-Abtreibungsinfostände religiöser Fundamentalist_innen auf dem Elisabeth-Blochmann-Platz aufgetaucht sind; wo ein Infostand des „Väteraufbruch für Kinder e.V.“, der Stimmung gegen Frauenhäuser macht, beim Stadtfest „3 Tage Marburg“ das sogenannte Väterrecht vertritt; und wo der städtische SPD-Sozialpolitiker Ulrich Severin Vorsitzender des Marburger Kreisvereins ebendieses „Väteraufbruchs“ ist.

Wer geglaubt hat, das Abtreibungsrecht in Deutschland würde sich quasi-automatisch und proportional zur fortschreitenden Modernisierung der Gesellschaft schon irgendwie in Richtung Liberalisierung verändern, lag falsch. Der vermeintliche Kompromiss, der sich im § 218 ausdrückt, hat sich nicht als Grundlage für eine Befreiung der Frau vom Gebärzwang herausgestellt. Die neuerlichen legislativen Angriffe auf die körperliche Autonomie von Frauen belegen dies. 

Lokale Splitter

Kurz notiert für Marburg und Umgebung.

Rechte instrumentalisieren Gedenken an Samuel

Neonazis haben vergeblich versucht, das Gedenken an einen verstorbenen jungen Mann (Samuel F.) für rassistische Hetze zu instrumentalisieren. Der Mann war Mitte August nach einer Schlägerei im Wehrdaer Weg in Marburg seinen Verletzungen erlegen.

Unmittelbar nach dem Tod des 26-Jährigen richteten Neonazis eine Gedenkseite im Internet ein und gaben sich als trauernde Freunde des Verstorbenen aus. Stillecht wurde die Internetseite durch ein Lied der extrem rechten Musikband „Sturmwehr“ geschmückt. Auf dieser Website wurde für einen Trauermarsch am 28. August mobilisiert, den der stadtbekannteste Neonazi Manuel M. angemeldet hatte. Auf mehreren rechten Internetseiten wurde in der Folge für den Marsch geworben. Weiterhin steigerten sich die dort Schreibenden in ein Gedankenkonstrukt hinein, das einen „armen Deutschen“ von „brutalen Zigeunern“ ermordet sah. Diese rassistische Stoßrichtung des Nazi-Gedenkens konnte jedoch durch linke Gruppierungen

öffentlich gemacht werden, sodass Oberbürgermeister Vaupel die Veranstaltung verbot. Er begründete das Verbot unter anderem damit, dass er von den Eltern des Verstorbenen erfahren habe, dass ihr Sohn keinen Kontakt zur Naziszene gehabt habe.

Manuel M. zog gegen das Verbot erfolgreich vor den Verwaltungsgerichtshof in Kassel, sodass die Veranstaltung hätte stattfinden dürfen. Nachdem Manuel M. registrierte, dass seine Instrumentalisierungsversuche bei den Marburger Bürger_innen auf Ablehnung stießen, tauchte er nicht am angekündigten Veranstaltungsort auf. Andere Personen erschienen ebenfalls nicht. So beschränkte sich die Empörung der Rechten auf Internetforen und verpuffte schließlich.

Rechtsrock im Lahn-Dill-Kreis

Am Samstag, den 14. August 2010, fand in Waldsolms-Brandobersdorf (Lahn-Dill-Kreis) ein Konzert mit der extrem rechten Bremer Musikband „Kategorie C - Hungrige Wölfe“ statt.

Unter den über 400 Besucher_innen fanden sich in der Hauptsache

Neonazis ein. Sie waren aus mehreren Bundesländern angereist.

Weitere Infos gibt es unter <http://de.indymedia.org/2010/08/287881.shtml>

Rechte Aktivitäten im Wetteraukreis

Während ein Mitglied der Bürgerinitiative „Grätsche gegen Rechtsaußen“ aus Echzell die Überwachungskameras am Haus eines bekannten Neonazis so wegdrehen wollte, dass sie nicht mehr die Straße filmen, zog eine Gruppe Rechter ihn von einer Leiter. Dabei wurde ihm seine Hose entrissen. Auch in der Vergangenheit soll es weitere Übergriffe auf protestierende Anwohner_innen gegeben haben. Am 28. August organisierte die örtliche Bürger_inneninitiative aufgrund der rechten Aktivitäten ein „Festival gegen Rechts“ mit ca. 800 Besucher_innen. Die Jungen Nationaldemokraten (JN), die Jugendorganisation der NPD, mobilisierte unter dem Motto „Meinungsfreiheit statt Linksfaschismus“ zu einer Gegenkundgebung, zu der ca. 25 Neonazis erschienen.

Termine

28.09.2010, 19.30h:

Vortrag von Arne Basten: „Zur Kritik der Extremismustheorie“. (Albert-Schweitzer-Schule Alsfeld. Veranstalter_innen: fuego!, Rosa-Luxemburg-Club Vogelsberg).

16.10.2010:

Demonstration: Antifaschistische Protestaktion gegen Naziaufmärsche in Leipzig.

Weitere Infos auf:

<http://1610.blogspot.de>

18.-24.10.2010:

Alternative Orientierungseinheit für Student_innen der Uni Marburg.

Weitere Infos auf:

<http://linkefachschaft.blogspot.de>

16.11.2010:

Vortrag von Dr. Michael Schiffmann: „Das Strafprozessrecht in den USA und die Todesstrafe. Am Beispiel Mumia Abu-Jamal“ (Hörsaalgebäude Marburg. Veranstalter_innen: VVN-BdA KV Marburg, DGB Mittelhessen, Zentrum für Konfliktforschung an der Uni Marburg).

Impressum

Interner Rundbrief für Freund_innen und Förder_innen der:

Zeitgeschichtlichen
Dokumentationsstelle
Marburg e.V.

Postfach 2327
35011 Marburg

E-Mail: zeitgdok@googlemail.com

Homepage: <http://zdmonline.wordpress.com>

Auflage: 500 Stk.
Erscheinungsform: vierteljährlich
V.i.S.d.P.: ZDM e.V.

Druck: druckhaus marburg
Im Rudert 13
35043 Marburg



Erlesenes aus dem Archiv

Rezensionen unserer Neuzugänge

Schwerpunkt NPD

In der NPD. Reisen in die National Befreite Zone

Ruf, Christoph / Sundermeyer, Olaf. Beck'sche Reihe. München, 2009.

Ruf und Sundermeyer haben mit ihrer Textsammlung zum Thema NPD einige (wenige) Informationen aus analytischer Entfernung zusammengetragen, präsentieren aber vornehmlich Nahaufnahmen über die erfolgreichste deutsche Rechtspartei der Nachkriegszeit. Die beiden Autoren begeben sich in die National Befreite Zone, um aus journalistischer Perspektive mit NPD-Protagonisten ins Gespräch zu kommen. So zum Beispiel im Interview mit Jürgen Gansel, Cheftheoretiker der NPD, der Marx liest, „Wirtschaftspatriotismus“ fordert und für eine „Ausländerrückführung“ plädiert, weil die multikulturelle Gesellschaft dafür Sorge, „dass eine Masse entwurzelter, identitätskastrierter und egoistischer Sozialatome entsteht“. Problematisch wird diese kontinuierliche Nähe zum Untersuchungsobjekt NPD immer dann, wenn sich Ruf und Sundermeyer in rhetorischen Spielchen verlieren, in denen sie ihre rechten Gesprächspartner auf meist plumpe Art und Weise in argumentative Widersprüche zu locken versuchen. An dieser Stelle zeigt sich die größte Schwäche des Buches. Es fehlt ihm allzu oft der wissenschaftliche Blick, die souveräne Einordnung dessen, was sich den beiden Journalisten im Interview offenbart.

Von Chloe Weißbaum

Die NPD und ihr Milieu. Studien und Berichte

Botsch, Gideon / Kopke, Christoph. Klemm & Oelschläger. Münster/ Ulm, 2009.

Der Band versammelt in zwölf Beiträgen ein „zwar lückenhaftes, aber doch umfangreiches Bild“ (S.8) über die NPD und ihre Entwicklung. Die Zusammenstellung der überwiegend schon anderweitig veröffentlichten Texte trägt die früheren Forschungs- und Rechercheergebnisse der beiden Autoren zusammen. Sie handelt sich von theoretischen Überlegungen zur Debatte um den „Rechtsextremismusbegriff“, über historische Analysen zum Verhältnis von NPD und Nationalsozialismus und der Landtagsfraktion im Stuttgarter Landtag von 1968-1972, bis zu Analysen aktuell bedeutsamer Einzelthemen. Hier werden unter anderem die Rolle der Kommunalpolitik, die Bedeutung des Antisemitismus, oder etwa die Bedeutung der sozialen Frage in der Politik der NPD verhandelt. Insgesamt fehlt es der Publikation an einem roten Faden. So haben die, durchaus interessanten, Überlegungen zu den theoretischen Grundlagen der Forschung zur extremen Rechten in den restlichen Artikeln kaum wahrnehmbaren Einzug gehalten. Darüber hinaus fehlt eine inhaltliche Verknüpfung der einzelnen Beiträge, auf die die Autoren bewusst verzichtet haben. Dennoch ein lesenswertes Buch, das sich vor allem mit

seiner skeptischen Erörterung der allgemein konstatierten Krise der NPD hervortut.

Von Arne Basten

88 Fragen und Antworten zur NPD

Virchow, Fabian / Dornbusch, Christian. Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts. 2008.

Die 336seitige Publikation macht es sich zur Aufgabe, die Leser_innen in die Entstehungsgeschichte, die ideologischen Merkmale und das strategische Handeln der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands im Rundumschlag einzuführen. In zwölf Kapiteln legen die Autor_innen (u.a. Hafener, Burschel und Röpke) z.B. die innere Funktionsweise der Partei und ihr Zusammenwirken mit ideologisch ähnlich ausgerichteten sozialen Gruppen dar. Dabei bleiben die Texte ob des einführenden Charakters der Publikation und ihrer breiten inhaltlichen Ausrichtung recht oberflächlich. „88 Fragen und Antworten zur NPD“ beschränkt sich aber nicht nur darauf, diese Partei der extremen Rechten in Lehrbuchart vorzustellen, sondern gibt in einem abschließenden Kapitel mit der Überschrift „Der NPD entgegenzutreten“ auch einige nützliche Werkzeuge in die Hand, mit der zivilgesellschaftliche Akteur_innen von Gewerkschaften über Medien zu Träger_innen politischer Bildungs- und Sozialarbeit gegen das Phänomen NPD und die extreme Rechte im Allgemeinen vorgehen können. So haben

Virchow und Dornbusch ein in seiner thematischen Vielfalt umfassendes Profil der NPD zusammengestellt, das Lehrbuch und Ratgeber zugleich ist.

Von Chloe Weißbaum

Das Davidschild. Geschichte eines Symbols

Gershom Scholem. Jüdischer Verlag im Suhrkamp Verlag. Berlin, 2010.

Das Davidschild zierte seit der Gründung im Jahr 1948 die Flagge des Staates Israel. In Deutschland steht es in Form des gelben „Davidsterns“ symbolisch für die sichtbare Stigmatisierung und die Auslöschung der jüdischen Bevölkerung. Doch was macht das Hexagramm, die Figur aus zwei übereinander liegenden Dreiecken, zu einem Symbol, das das Judentum im 20. und 21. Jahrhundert begleitet?

Dieser Frage geht der Religionshistoriker Gershom Scholem, Spezialist auf dem Gebiet der jüdischen Mystik, in seinem Essay zur Geschichte des Davidschildes nach; dieser Essay ist seit 1948 in verschiedenen Bearbeitungen auf hebräisch und deutsch erschienen. Die 2010 erschienene Neuauflage in deutscher Sprache mit einem Nachwort von Gerold Necker umfasst bisher unveröffentlichtes Material aus dem Nachlass des 1982 verstorbenen Scholem sowie ausführliche Quellenachweise.

Mittels historisch-kritischer Methode zeichnet Scholem vielfältige und verschlungene Pfade der Verwendung des Hexagramms nach: von der ornamentalen Verwendung im früh-arabischen Raum, dessen Vorkommen in der internatio-

nalen Mystik, bis hin zu messianischen Zuschreibungen an das Davidschild. Als Zeichen einer jüdischen Gemeinschaft kann das Hexagramm im Prag des 16. Jahrhunderts erstmals nachgewiesen werden, von dort aus fand es Verbreitung bis hin zur „massenhaften Imitation“ im 19. Jahrhundert; 1897 wurde es schließlich auf dem Basler Kongress zum Wahrzeichen der Zionisten erkoren.

Das Davidschild stellt, laut Scholem, zunächst auf Grund der historisch nachgewiesenen Beliebtheit der Verwendung kein originäres Symbol des Judentums oder der jüdischen Religion dar, wie von anderen vor ihm fehlerhaft interpretiert worden sei. Seine Symbolkraft erhalte das Davidschild erst auf „dem Weg der Entwürdigung und des Grauens, des Kampfes und des heroischen Widerstandes“ im Nationalsozialismus. Und gerade dadurch sei es würdig geworden, „den Weg zum Leben und zum Aufbau zu erleuchten“.

Auch wenn „Das Davidschild – Geschichte eines Symbols“ vor allem auf Grund der Akribie Scholems und der Ansprüche, die er an seine Leserschaft stellt, nicht als leichte Kost zu bezeichnen ist, ist es dennoch oder gerade deshalb überaus lesenswert für alle, die sich für jüdische Geschichte interessieren. Nicht zuletzt vereinfachen die neu hinzugekommenen Anmerkungen und Quellennachweise sowie das Nachwort, das unter anderem Aufschluss über die Person Gershom Scholems und die historischen Umstände der Entstehung und Weiterentwicklung seines Werkes liefert, die Lektüre wesentlich.

Von Wanda Erdmann

Dunkelfeld. Recherchen in extrem rechten Lebenswelten rund um Rhein-Main

argumente e.V. / Bildungswerk Anna Seghers / Antifaschistisches Infobüro Rhein-Main, apabiz e.V. Berlin, 2010.

Die 144 Seiten starke Broschüre befasst sich mit rechtsradikalen Strukturen im Rhein-Main-Gebiet. Dabei wird weniger Wert darauf gelegt, wo, wann oder mit wem die Nazis auftauchten, sondern es wird der Alltag bzw. die gesellschaftliche Einbindung der Nazis untersucht. Dabei wird klar, dass die Einbindung der Nazis in die sog. Zivilgesellschaft recht ungestört verläuft. An zahlreichen Beispielen aus dem gesamten Spektrum gesellschaftlicher Strukturen wird aufgezeigt, dass Nazis sich ihre Spielwiesen ohne nennenswerten Protest erobern konnten. Proteste von Antifaschist_innen werden nur zögerlich bis verärgert zur Kenntnis genommen. Sei es der Sportverein, die Freiwillige Feuerwehr oder die Universitätsgremien. Selbst der Verfassungsschutz hält sich vornehm zurück und scheint eher seine V-Leute schützen zu wollen als aktiv zu werden.

Darüber hinaus wird kritisch der Begriff der Zivilgesellschaft hinterfragt, der immer dann von Politiker_innen hervorgeholt wird, wenn rechte Gewalt wieder einen Höhepunkt erfährt. Ein weiteres Augenmerk wird auf den antifaschistischen Umgang mit Aussteiger_innen aus der rechten Szene geworfen. Ernüchternd wird festgestellt, dass Antifaschismus noch lange nicht in den Dörfern angekommen ist und in den Städten zunehmend verwässert. Unbedingt lesenswert!

Von Friedhelm Schwarzer

Ach, Egon!

Gerade war ich noch voller Stolz und Zuneigung zu dir, als ich vernahm, dass du als mein Oberbürgermeister den Trauermarsch der Neonazis am Samstag, den 28.08.2010, verboten hattest. Ganz richtig hattest du bemerkt, dass die Nazis den Todesfall von Samuel F. für ihre rassistische Hetze benutzen wollten. Du und ich, wir waren beide empört.

Und dann stehst du am gleichen Samstag inmitten rechter Burschenschafter und Jawoll-Deutscher am Jägerdenkmal und feierst deren 100jähriges Bestehen. Ja hast du denn vergessen, oder hatt's dir niemand gesagt, dass die Kameradschaft

Marburger Jäger (KMJ) sich seit geraumer Zeit mit der Fördergemeinschaft der Soldatenverbände (FfS) verbunden hat? Und eben diese FfS ist in Marburg auch dadurch bekannt geworden, dass sie als Mitglieder Leute aus der NPD, den Republikanern und den rechten Burschenschaften Rheinfranken, Germania und Normannia-Leipzig führte. Deshalb war es auch nicht verwunderlich, dass bei einer der Veranstaltungen der FfS der einflussreiche Neonazi-Funktionär und Holocaust-Relativierer Wolfgang Juchem als Redner auftreten sollte. Aufmerksame Bürger_innen aus Marburg hatten das damals verhindert. Bisher ist auch nichts darüber

bekannt geworden, dass sich die KMJ von den rechtsextremen Mitgliedern der FfS distanziert hat. Und so standest du zwischen den Burschen der Rheinfranken und der Normannia-Leipzig und hast nicht bemerkt, dass du von Neonazis benutzt worden bist, um ihre Etablierung in der Gesellschaft zu festigen. Deshalb widme ich dir ein paar Zeilen eines alten Schlagers:

*Was soll ich machen, ich weiß die Leute lachen.
Doch ich muss immer weinen um einen,
den Meinen (OB)
Ich bin am Ende, mir zittern schon die Hände,
die Flaschen sprechen Bände,
die leer auf meinem Nachttisch stehn,
ach Egon, ich werde nur aus Liebe zu dir
ja, nur aus lauter Liebe zu dir
noch mal zugrunde gehen.*

Von Friedhelm Schwarzer

Unten stehendes Formular senden Sie bitte an:

ZDM e.V.
Postfach 2327
35011 Marburg

Vielen Dank!

Unsere Bankverbindung für Ihre Spenden:

Achtung: In ZeitLupe Nr.1 war eine falsche Konto-Nr. angegeben, dies ist nun die richtige. Bitte entschuldigen Sie diesen Fehler.

Kontoinhaberin: ZDM e.V.
Konto-Nr.: 17554808
BLZ: 51390000
Geldinstitut: Volksbank Mittelhessen

Fördermitgliedschaft

Hiermit erteile ich der Zeitgeschichtlichen Dokumentationsstelle Marburg e.V. eine jederzeit kündbare Einzugsermächtigung

über monatlich _____ Euro (mind. 5,- Euro).

Konto-Nr., Bankleitzahl

Name, Vorname oder Organisation/Firma

Straße, Haus-Nr.

Postleitzahl, Ort

Ort, Datum, Unterschrift

E-Mail-Adresse

Spendenbescheinigung erwünscht

- Ja
 Nein, nicht notwendig

Einmalige Spende / Dauerauftrag

- Ich habe einen Dauerauftrag eingerichtet.
 Ich habe einmalig _____ Euro überwiesen.

Meine Daten für die (bei Daueraufträgen jährliche)
Spendenbescheinigung:

Name, Vorname

Straße, Haus-Nr.

Postleitzahl, Ort

Ort, Datum, Unterschrift

E-Mail-Adresse

Spendenbescheinigung erwünscht

- Ja
 Nein, nicht notwendig

Für einmalige Spenden unter 100,- Euro genügt der Überweisungs- oder Einzahlungsbeleg und diese Bescheinigung.